

Inhalt

I.	Hinweis Selbstaussführungsgebot	2
II.	EU-Eigenerklärung zur Eignung	3
III.	Bieter-/Bewerbergemeinschaftserklärung.....	7
IV.	Nachunternehmererklärung.....	9
V.	Erklärung nach § 19 Absatz 3 des Mindestlohngesetzes	11
VI.	Antikorruptionserklärung	12
VII.	Verpflichtungserklärung Eignungsleihe	13
VIII.	Eigenerklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung und Mindestsummen pro Schadensfall	15

I. Hinweis Selbstausführungsgebot

Alle Service-Leistungen und erweiterten Dienstleistungen werden vom AN selbst erbracht (Selbstausführungsgebot gemäß VgV § 47 Abs. 5).

Insbesondere erbringt der AN auch den 1st-Level-Support (Call-Aannahme, Erst-Analyse etc.) für den Hersteller im Rahmen des Hersteller-Supports Premium Collaborative Enterprise Support (CES).

Aufgrund der hohen Anforderungen an ein KRITIS-Unternehmen, insb. an ein Universitätsklinikum, der Komplexität der Regelwerke für die verschiedenen Firewall-Ebenen und ihrer wechselseitigen Abhängigkeiten würde eine Einbeziehung von Mitgliedern einer Bietergemeinschaft oder von Unterauftragnehmern oder im Rahmen von Eignungsleihe die IT-Sicherheit der AG-Infrastruktur bezüglich Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit nur unzureichend sicherstellen. Der AG ist darauf angewiesen, dass AN-Service, Hersteller-Service und erweiterte Betriebsunterstützung optimal ineinandergreifen.

Vom Selbstausführungsgebot ausgenommen sind Leistungen des Herstellers Check Point, die über den AN bezogen werden. Ebenso sind Schulungen vom Selbstausführungsgebot ausgenommen.

II. EU-Eigenerklärung zur Eignung

(vom Bieter/Mitglied der Bietergemeinschaft sowie zugehörigen anderen Unternehmen auszufüllen, soweit diese nicht präqualifiziert sind oder eine EEE abgeben wollen)

Name und Anschrift des Unternehmens

.....

Ort:
 Datum:
 Tel.:
 Fax:
 E-Mail:
 Ust.-ID-Nr.:

Bezeichnung der Leistung:

.....
-------	-------

Angaben Umsatz des Unternehmens, der mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar ist

.....€ in
.....€ in
.....€ in

Auf entsprechende Aufforderung der Vergabestelle werde ich bezüglich des Gesamtumsatzes eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder eine entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnung vorlegen.

Angaben zur Eintragung in das Berufsregister und zur Berufsgenossenschaft ihres Sitzes oder Wohnsitzes

<input type="checkbox"/>	Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister	
	unter der Nummer
	beim Amtsgericht
<input type="checkbox"/>	Ich bin/wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.	

Ich gehöre/Wir gehören zu

<input type="checkbox"/>	Handwerk
<input type="checkbox"/>	Industrie
<input type="checkbox"/>	Handel

<input type="checkbox"/>	Versorgungsunternehmen
<input type="checkbox"/>	Sonstigem
Auf entsprechende Aufforderung der Vergabestelle werde(n) ich/wir zur Bestätigung meiner/unsere Erklärung vorlegen: Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.	
Angabe, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat.	Ich bin/Wir sind Mitglied
	<input type="checkbox"/> der Berufsgenossenschaft unter Nummer:
	<input type="checkbox"/>
Auf entsprechende Aufforderung der Vergabestelle werde(n) ich/wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft (sofern diese nicht verfügbar ist, eine gleichwertige Bescheinigung des für mich/uns zuständigen Versicherungsträgers) mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.	

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation
<input type="checkbox"/> Ich/wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich/mein Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
<input type="checkbox"/> Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

Angabe über Ausschlussgründe
Ich erkläre/wir erklären, dass für mein/unsere Unternehmen keine Ausschlussgründe vorliegen, die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellen. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht <ul style="list-style-type: none"> • gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder • gemäß § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder • gemäß § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung
Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Auf entsprechende **Aufforderung der Vergabestelle** werde(n) ich/wir eine Unbedenklichkeits-bescheinigung der tariflichen Sozialkasse¹, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes² sowie eine Freistellungs-bescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

Angabe zu zwingenden Ausschlussgründen nach § 123 GWB

Ich erkläre/ Wir erklären, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, weder rechtskräftig verurteilt³ noch gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist, wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Angabe zu fakultativen Ausschlussgründen nach § 124 GWB

Ich erkläre/ Wir erklären, dass

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,

¹ Soweit mein/unser Betrieb beitragspflichtig ist

² Soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

³ gemäß § 123 Abs. 2 GWB steht einer Verurteilung nach den Vorschriften des § 123 Abs. 1 GWB eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

4. das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen seine wesentlichen Anforderungen bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
 - a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen der Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen auch nach nochmaliger Anforderung nicht vollständig innerhalb einer angemessen gesetzten Nachfrist vorgelegt werden.

.....

Ort, Datum

.....

Name / Unterschrift

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Teilnahmeantrag/Angebot in Textform der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben,
- ein(e) schriftliche(r) Teilnahmeantrag / Erklärung an dieser Stelle nicht unterschrieben oder
- ein(e) elektronischer Teilnahmeantrag / Erklärung, der/die signiert werden muss, nicht wie vorgegeben signiert,

ist die Erklärung unzulässig und das Angebot/der Teilnahmeantrag Ihres Unternehmens wird nach Prüfung der Umstände voraussichtlich ausgeschlossen.

III. Bieter-/Bewerbergemeinschaftserklärung

(nur im Bedarfsfall auszufüllen!)

Die Bieter-/Bewerbergemeinschaft erklärt, dass im Fall der Zuschlagserteilung auf ihr Angebot/Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft gebildet wird, die aus folgenden Mitgliedern besteht:

1. Mitglied der Bewerbergemeinschaft	
2. Mitglied der Bewerbergemeinschaft	
3. Mitglied der Bewerbergemeinschaft	
4. Mitglied der Bewerbergemeinschaft	

(Anzugeben sind jeweils vollständige Firma und Adresse)

- der bevollmächtigte Vertreter der Bieter-/Bewerbergemeinschaft ist:

Bevollmächtigter Vertreter der Bieter-/Bewerbergemeinschaft:	
--	--

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Die Bieter-/Bewerbergemeinschaft erklärt sodann folgendes:

Uns ist bekannt, dass das Gesetz (§ 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – GWB) wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen, Verhaltensweisen und Beschlüsse verbietet. Wird eine Bieter-/Bewerbergemeinschaft unter Verstoß gegen diese Vorschrift gebildet, ist die zwingende Folge ein Ausschluss des entsprechenden Angebotes.

Zulässig sind jedoch Bieter-/Bewerbergemeinschaft, die gebildet werden, um ein technisch und kaufmännisch sinnvolles Angebot abgeben zu können. Für uns sind die folgenden Gründe (bitte in Stichworten angeben; Sie können eine Anlage benutzen) maßgeblich:

.....

Ort, Datum

.....

Name / Unterschrift

Ist

- **bei einem elektronisch übermittelten Teilnahmeantrag/Angebot in Textform der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben,**
- **ein(e) schriftliche(r) Teilnahmeantrag / Erklärung an dieser Stelle nicht unterschrieben oder**
- **ein(e) elektronischer Teilnahmeantrag / Erklärung, der/die signiert werden muss, nicht wie vorgegeben signiert,**

ist die Erklärung unzulässig und das Angebot/der Teilnahmeantrag Ihres Unternehmens wird nach Prüfung der Umstände voraussichtlich ausgeschlossen.

IV. Nachunternehmererklärung

(nur im Bedarfsfall auszufüllen!)

Hinweis:

Je nach Anzahl der Nachunternehmer, auf deren Ressourcen und Erfahrung sich der Einzelbewerber/die Bewerbungsgemeinschaft zum Nachweis seiner/ihrer eigenen Leistungsfähigkeit beruft, ist dieser Vordruck ggf. zu vervielfältigen.

Bezeichnung des einzusetzenden Nachunternehmers:
(Anzugeben ist die vollständige Firma und Adresse)

Für den Fall, dass der Zuschlag in dem o. g. Vergabeverfahren an den Bieter/Bewerber erteilt wird, verpflichten wir (der Nachunternehmer) uns diesem Bieter/Bewerber gegenüber, diejenigen Leistungen zu erbringen, die unserem Unternehmen zugeordnet sind.

Name des Nachunternehmers
Leistungsbereich des Nachunternehmers

.....

Ort, Datum

.....

Name / Unterschrift des Nachunternehmers

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Teilnahmeantrag/Angebot in Textform der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben,
- ein(e) schriftliche(r) Teilnahmeantrag / Erklärung an dieser Stelle nicht unterschrieben oder
- ein(e) elektronischer Teilnahmeantrag / Erklärung, der/die signiert werden muss, nicht wie vorgegeben signiert,

ist die Erklärung unzulässig und das Angebot/der Teilnahmeantrag Ihres Unternehmens wird nach Prüfung der Umstände voraussichtlich ausgeschlossen.

V. Erklärung nach § 19 Absatz 3 des Mindestlohngesetzes

Der Unterzeichnete erklärt, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen.

Ort/Datum	Name/Unterschrift
Auszug aus § 19 MiLoG	
(1)	Von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag der in § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Auftraggeber sollen Bewerberinnen oder Bewerber für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden, die wegen eines Verstoßes nach § 21 mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind.
(2)	Die für die Verfolgung oder Ahndung der Ordnungswidrigkeiten nach § 21 zuständigen Behörden dürfen öffentlichen Auftraggebern nach § 98 Nummer 1 bis 3 und 5 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und solchen Stellen, die von öffentlichen Auftraggebern zugelassene Präqualifikationsverzeichnisse oder Unternehmer- und Lieferantenverzeichnisse führen, auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte geben.
(3)	Öffentliche Auftraggeber nach Absatz 2 fordern im Rahmen ihrer Tätigkeit beim Gewerbezentralregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Absatz 1 oder Absatz 2 an oder verlangen von Bewerberinnen oder Bewerbern eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach Absatz 1 nicht vorliegen. Im Falle einer Erklärung der Bewerberin oder des Bewerbers können öffentliche Auftraggeber nach Absatz 2 jederzeit zusätzlich Auskünfte des Gewerbezentralregisters nach § 150a der Gewerbeordnung anfordern.
(4)	Bei Aufträgen ab einer Höhe von 30 000 Euro fordert der öffentliche Auftraggeber nach Absatz 2 für die Bewerberin oder den Bewerber, die oder der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung an.
(5)	Vor der Entscheidung über den Ausschluss ist die Bewerberin oder der Bewerber zu hören.

VI. Antikorruptionserklärung

1. Auftraggeber (AG) und Auftragnehmer (AN) verpflichten sich, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen. Der AN stellt insbesondere durch organisatorische Maßnahmen und Belehrungen seiner Mitarbeiter sicher, dass er bzw. seine Mitarbeiter in den Geschäftsbeziehungen mit dem AG
 - a) keine strafbaren Handlungen begehen, die unter die §§ 298, 299, 333, 334 StGB und §§ 17, 18 UWG fallen,
 - b) über § 18 UWG hinaus die dem AN im geschäftlichen Verkehr anvertrauten Vorlagen oder Vorschriften und Informationen des AG, auch auf Disketten, CD oder sonstigen Datenträgern, nicht zu Zwecken des Wettbewerbs oder der Eigennutzung unbefugt verwerten oder an Dritte weiter geben,
 - c) Mitarbeitern des AG keine Zuwendungen oder andere Vorteile anbieten werden bzw. solche von diesen angenommen werden,
 - d) Dritte nicht zu Handlungen gemäß Absatz 1, Buchstaben a) - c) anstiften bzw. hierzu Beihilfe leisten werden
2. Bei jedem Verstoß gegen die in Absatz 1 festgelegten Regelungen hat der AN dem AG eine Vertragsstrafe von 10% der Auftragssumme netto, mindestens jedoch 5.000,- € als Vertragsstrafe zu zahlen,- gegen deren Anfall die Einrede des Fortsetzungszusammenhangs ausgeschlossen ist.
3. Bei einem Verstoß des AN oder seiner Mitarbeiter gegen die in Absatz 1 Buchstaben a) - d) festgelegten Regelungen ist der AG zur außerordentlichen fristlosen Kündigung des Vertrags und zum Ausschluss von der Vergabe weiterer Aufträge berechtigt.

Hiermit erkennen wir die vorgenannte Antikorruptions-/Integritätsklausel an:

.....

Ort, Datum

.....

Name / Unterschrift

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Teilnahmeantrag/Angebot in Textform der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben,
- ein(e) schriftliche(r) Teilnahmeantrag / Erklärung an dieser Stelle nicht unterschrieben oder
- ein(e) elektronischer Teilnahmeantrag / Erklärung, der/die signiert werden muss, nicht wie vorgegeben signiert,

ist die Erklärung unzulässig und das Angebot/der Teilnahmeantrag Ihres Unternehmens wird nach Prüfung der Umstände voraussichtlich ausgeschlossen.

VII. Verpflichtungserklärung Eignungsleihe

(Formular erforderlichenfalls vervielfältigen)

Hinweis:

Je nach Anzahl der Unternehmer, auf deren Ressourcen und Erfahrung sich der Einzelbieter/die Bietergemeinschaft zum Nachweis seiner/ihrer eigenen Leistungsfähigkeit beruft, ist dieser Vor-
druck ggf. zu vervielfältigen.

Verpflichtungserklärung Eignungsleihe

(vom anderen Unternehmen auszufüllen)

.....
.....
.....
.....

(Name und Anschrift des anderen Unternehmens)

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns im Falle der Auftragserteilung an die

.....
.....
.....
.....

(Name und Anschrift des Bieters/der Bietergemeinschaft
oder des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft)

die im „Verzeichnis der anderen Unternehmen (Eignungsleihe)“ aufgeführten Angaben zu der von uns überlassenen Kapazitäten der wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit bereitzustellen.

(1)

(2)

.....

Ort, Datum

.....

Name / Unterschrift

(1)

(3)

.....

Ort, Datum

.....

Name / Unterschrift

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Teilnahmeantrag/Angebot in Textform der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angeben,
- ein(e) schriftliche(r) Teilnahmeantrag / Erklärung an dieser Stelle nicht unterschrieben oder

- **ein(e) elektronischer Teilnahmeantrag / Erklärung, der/die signiert werden muss, nicht wie vorgegeben signiert,**

ist die Erklärung unzulässig und das Angebot/der Teilnahmeantrag Ihres Unternehmens wird nach Prüfung der Umstände voraussichtlich ausgeschlossen.

Haftungserklärung im Rahmen der finanziellen oder wirtschaftlichen Eignungsleihe

Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des nachstehend mitunterzeichnenden Unternehmens in Anspruch. Dieses verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

(1)

(2)

.....

Ort, Datum

.....

Name / Unterschrift

(1)

(3)

.....

Ort, Datum

.....

Name / Unterschrift

Ist

- **bei einem elektronisch übermittelten Teilnahmeantrag/Angebot in Textform der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben,**
- **ein(e) schriftliche(r) Teilnahmeantrag / Erklärung an dieser Stelle nicht unterschrieben oder**
- **ein(e) elektronischer Teilnahmeantrag / Erklärung, der/die signiert werden muss, nicht wie vorgegeben signiert,**

ist die Erklärung unzulässig und das Angebot/der Teilnahmeantrag Ihres Unternehmens wird nach Prüfung der Umstände voraussichtlich ausgeschlossen.

zu 1): (Ort)(Datum)

zu 2): (Unterschrift des anderen Unternehmens)

zu 3): (Unterschrift des Bewerbers/Bieters)

VIII. Eigenerklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung und Mindestsummen pro Schadensfall

Ich / Wir erkläre(n) hiermit, dass ich mich / wir uns im Auftragsfalle verpflichten, für die zu meinen / unseren Lasten aus dem abzuschließenden Vertrag entstehenden Haftungen eine Haftpflichtversicherung mit nachfolgend genannten Deckungssummen abzuschließen und gegenüber dem Auftraggeber unverzüglich nach Zuschlagserteilung nachzuweisen.

Abgedeckte Mindestsummen pro Schadensfall:

- Personenschäden mindestens 1.000.000,00 Euro
- Sach- und Umweltschäden mindestens 1.000.000,00 Euro
- Allmählichkeitsschäden mindestens 1.000.000,00 Euro
- Obhut- und Bearbeitungsschäden mindestens 1.000.000,00 Euro

(2-fache Jahresmaximierung der Versicherungssumme)

.....

Ort, Datum

.....

Name / Unterschrift

Ist

- **bei einem elektronisch übermittelten Teilnahmeantrag/Angebot in Textform der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben,**
- **ein(e) schriftliche(r) Teilnahmeantrag / Erklärung an dieser Stelle nicht unterschrieben oder**
- **ein(e) elektronischer Teilnahmeantrag / Erklärung, der/die signiert werden muss, nicht wie vorgegeben signiert,**

ist die Erklärung unzulässig und das Angebot/der Teilnahmeantrag Ihres Unternehmens wird nach Prüfung der Umstände voraussichtlich ausgeschlossen.